

Gedenktag für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde

– als Tag der Deutschen Einheit am 9. November?

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bei. Dieser Tag wurde durch den Einigungsvertrag als *Tag der Deutschen Einheit* zum nationalen Feiertag erhoben.

Dieses Datum wird seiner Bedeutung als Teil herausgehobener national-staatlicher Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland nicht gerecht. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR hatten, verbunden mit hohen persönlichen Risiken, für Freiheit und demokratische Rechte gekämpft, nicht die Politikerinnen und Politiker. Im Rahmen einer friedlichen Revolution gab das herrschende Regime dem Druck nach und am **9. November 1989 fiel die Mauer, die beide deutsche Staaten trennte**. Die Geschichte hat – wie jede Geschichte – viele Vorgeschichten und Folgegeschichten.

Kommentar: Bis 1990 war der 17. Juni nationaler Gedenktag und als *Tag der deutschen Einheit* der erste *Staatsfeiertag* in West-Berlin und der Bundesrepublik. Er gedachte der Aufstände, als im Herbst 1953 Hunderttausende in Ost-Berlin und der DDR gegen politische und wirtschaftliche Missstände demonstrierten. DDR und Sowjetunion reagierten mit Härte und schlugen den Aufstand am 17. Juni 1953 nieder.

Der 9. November steht wie kein anderer Tag in der deutschen Geschichte für den Kampf um nationale Einigkeit, um Recht und Freiheit, aber auch für grausame Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Negierung der menschlichen Würde. Kampf, Terror, Verfolgung und Vernichtung kosteten unsäglich viele Millionen Menschen das Leben.

Die standrechtliche Erschießung des Demokraten und Freiheitskämpfers Robert Blum am **9. November 1848** wird als Symbol für die Niederschlagung **der Märzrevolution** in den Staaten des Deutschen Bundes gesehen. Schon damals kämpften Menschen gegen Kleinstaaterei und Feudalismus in Deutschland. Sie forderten einen national geeinten deutschen Staat mit einer freiheitlichen Verfassung, gestützt auf die persönliche und gesellschaftliche Freiheit seiner Bürger.

70 Jahre später, im November 1918, erfassten die Unruhen und Aufstände der Novemberrevolution auch die Hauptstadt Berlin. Sie führte zum Sturz der Monarchie im Deutschen Reich. Aus Sorge vor einem gewaltsamen politischen Umsturz gab der damalige Reichskanzler Prinz Maximilian von Baden am **9. November 1918** eigenmächtig die Abdankung des Kaisers bekannt und ernannte Friedrich Ebert als Vorsitzenden der SPD und damals stärksten Reichstagspartei zum neuen Reichskanzler. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende **Philipp Scheidemann rief** daraufhin von einem Balkon des

Berliner Reichstagsgebäudes **die erste deutsche Republik aus**. Zwei Stunden später war es Karl Liebknecht, der aus dem Berliner Schloss die „freie sozialistische Republik Deutschland“ ausrief.

Kommentar: Doch es fehlte der neuen Republik der Rückhalt in der Gesellschaft und auch in den Organen der staatlichen Gewalt, insbesondere der Exekutive. Das fehlende demokratische Selbstverständnis verbunden mit den Folgen des Ersten Weltkrieges stellten die Weimarer Republik vor unüberwindbare Herausforderungen.

So war das Datum des **Hitler-Ludendorff-Putsches am 9. November 1923** sicherlich bewusst gewählt worden. Hitler wollte bei einer Versammlung prominenter rechter Politiker in München die Übernahme der Regierung proklamieren. Doch schlossen sich weder das Militär noch die Polizei dem Putsch an. Im Gegenteil: Eine Polizeieinheit stellte sich den Putschisten in den Weg. Hitler und seine Anhänger wurden verhaftet. Vier Polizisten und 14 Putschisten wurden bei einem heftigen Schusswechsel getötet.

Kommentar: Durch geschickte Propaganda, die Hochverräter mit einem Heldenmythos auszeichnete, erzielten völkische Bündnisse schon im Folgejahr beachtliche Wahlerfolge und Hitler wurde bereits im Dezember 1924 wieder aus der Festungshaft entlassen. Darüber hinaus wurde er nicht nach Österreich abgeschoben, sondern durfte in Deutschland bleiben.

Nach zehn Jahren SA-Terror und rechter Propaganda wurde Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. In der Folge vollzog sich Schlag auf Schlag die Machtübernahme der Nationalsozialisten, auch durch Nutzung neuer Massenmedien. Im August 1933 wurde der Volksempfänger „VE 301“ vorgestellt und auf Weisung der Nationalsozialisten rasch verbreitet. „Ganz Deutschland hört den Führer mit dem *Volksempfänger*“, lautete die Parole.

Weitere fünf Jahre später steht der **9. November 1938** für den **Beginn der Novemberpogrome**, für brutale Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Negierung der Würde des Menschen, den Übergang hin zur systematischen Judenverfolgung und Ermordung, den Holocaust.

Kommentar: Als keine zehn Monate später von deutschem Boden aus der Zweite Weltkrieg begann und seinen verheerenden Verlauf nahm, löste der Kriegsbeginn in der deutschen Bevölkerung trotz massiver NS-Propaganda vor allem Betroffenheit aus. Weiteres unermessliches Leid war die Folge und auch die deutsche Teilung bis zum (völkerrechtlich betrachtet) 3. Oktober 1990.

Wie erzählen wir welche Geschichten? Aus welcher Perspektive? Was wird nicht erzählt? Was können wir lernen aus Geschichten politischer Eliten oder aus der Geschichte des Volkes bzw. aus Geschichten der Bevölkerung in Verbindung mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen? Unsere Erinnerungskultur setzt den Rahmen für eine Bewertung von Ereignissen, für Betroffenheit, Interesse, Indifferenz, Ablehnung, Widerstand, Verantwortung und vieles mehr.

Guido Landreh (02.11.2024) - www.kultur-des-lernens.de